



Mitteilungen der Initiative Heimat & Umwelt

VERFASSUNGSKLAGE GEGEN EU-„REFORM“-VERTRAG durch Prof. Schachtschneider AUCH IN ÖSTERREICH

Am 23. Mai 2008 wurde eine 328-seitige (!) Klagschrift nicht nur gegen den EU-Vertrag von Lissabon, sondern gegen die gesamte Umwandlung der EU von einer internationalen Organisation zu einem „Bundesstaat Europa“ mittels Auslöschung des Selbstbestimmungsrechts der Völker und damit der Demokratie beim **deutschen Bundesverfassungsgericht** in **Karlsruhe** eingereicht, das in Fachkreisen als das anerkannteste Verfassungsgericht in ganz Europa gilt. Im Auftrag des bayrischen CSU-Abgeordneten Dr. **Peter Gauweiler** erstellte Univ. Prof. Dr. Karl Albrecht Schachtschneider den umfangreichen und grundlegenden Text für diese Klagschrift, für die er auch ein 124-seitiges Gutachten speziell zur Aushöhlung des deutschen Grundgesetzes durch die sogenannte **Grundrechtecharta** der EU verfaßte.

In **Österreich** haben sich Aktivisten aus mehreren Organisationen zusammengefunden und eine derartige Klage auch beim österreichischen Verfassungsgerichtshof (VfGH) bei Prof. Schachtschneider in Auftrag gegeben. Es ist eine große Ehre für uns, daß er als einer der europaweit führenden Rechtsexperten im Bereich des öffentlichen Rechts diesen Auftrag – trotz vieler anderweitiger Verpflichtungen – annahm und seit vielen Wochen daran arbeitet. Die Klage in Öster-

reich (es besteht Anwaltpflicht) wird von einem **unabhängigen Personenkomitée**, das von Inge Rauscher koordiniert wird, voraussichtlich noch im Juni eingebracht werden.

Diese Klagschrift für Österreich wird ebenfalls **mehrere hundert Seiten** umfassen und sich natürlich sehr stark von jener für Deutschland **unterscheiden** aufgrund der unterschiedlichen Verfassungslage. Die dzt. österreichische Rechtslage gibt z.B. keine Möglichkeit, daß bei Einreichen einer solchen Klage der VfGH mit einer „einstweiligen Anordnung“ verfügt, daß der Bundespräsident **vor** der Unterzeichnung eines Staatsvertrags eine entspr. **Entscheidung** des Verfassungsgerichts über einen (begründeten) Einspruch **abwarten muß**. In Deutschland gibt es diese Möglichkeit; in Österreich ist der Einspruch nur im Nachhinein möglich.

Die umfangreiche Klagschrift, die von Prof. Schachtschneider in Zusammenarbeit mit österreichischen Universitätsprofessoren erstellt wird, wird **folgende inhaltliche Schwerpunkte** aufweisen:

* Die Zustimmung von Parlament und Bundesrat und die Ratifizierung des Lissabon-Vertrages („Reform“-Vertrag) für „nichtig“ zu erklären.

* Begründung der Verpflichtung auf Volksabstimmung darüber.

* Begründung der Verfassungswidrigkeit der gesamten Integrationsentwicklung der EU.

Dem Vernehmen nach wird es in **Deutschland** von anderer Seite eine zweite Klage geben, auch in **England** soll von mehreren Seiten dagegen geklagt werden. In **Ungarn** und **Tschechien** soll ebenfalls der Verfassungsgerichtshof damit befaßt werden, und auch in Österreich soll es eine Klage von anderer Seite (Prof. Hollaender) geben.

Redaktionsschluß dieser Ausgabe war der 20. Mai. Die Abstimmung in **Irland** wird am **12. Juni** stattfinden. Aber die EU-Granden haben bereits verlauten lassen, daß sie den Vertrag auch im Falle eines NEIN der Iren in Kraft setzen würden. Deshalb ist **weiterer Widerstand** auf allen Ebenen, besonders auch der rechtlichen, in möglichst vielen Ländern so wichtig!

Zur großen Demonstration am 29. März 2008

Seite 2

Die Monopolisierung unserer Nahrung

Seite 4

Stellungnahme zum Verein „Rettet Österreich“

Seite 6

Die große Demonstration vom 29. März 2008 in Wien: ein historisches Ereignis!

Als wir viele Wochen vorher mit der Organisation dieser Kundgebung gegen den EU-Vertrag und für eine Volksabstimmung darüber begannen, konnten wir nicht ahnen (nur hoffen), was für ein Großereignis wir damit auslösen würden. Wir, das war eine eigens dafür gebildete überparteiliche Plattform von mehreren Organisationen unter dem Namen "NEUTRALITÄT RETTEN: NEIN ZUM EU-VERTRAG!"

Foto: Stephan Zanzel



So anstrengend, Geld- und zeitaufwendig die umfangreichen Vorarbeiten dafür auch waren, wurden wir durch die überwältigende Zahl von rund **20.000 (!)** Teilnehmern "belohnt" und durch eine Qualität und allseits spür- und sichtbare **positive Grundstimmung** dieser Teilnehmer, wie wir sie seit den Wochen rund um die Hainburger Aubesetzung (besser -verteidigung) vor immerhin 24 Jahren in Österreich nicht mehr erlebt haben. Der riesige Stephansplatz bis hinein in die Kärntner Straße, Rotenturmstraße, Graben, Singerstraße, Seilergasse, Spiegelgasse - alles voll von dicht gedrängten Menschen mit keinerlei Lücken dazwischen.

Zum ersten Mal seit vielen Jahren konnte man ein **Zusammengehörigkeitsgefühl** von Bürgern aus allen Bundesländern quer durch alle Berufs- und Altersschichten hautnah miterleben. An diesem 29. März ist ein NEUES ÖSTERREICH "geboren" worden mit Menschen, denen ein Anliegen für die Allgemeinheit

und die Zukunft ihrer Kinder wichtiger ist als Freizeitvergnügungen, die dafür eine weite Anreise an einem Wochenende in Kauf nehmen und in tagelanger Arbeit selbst gebastelte Transparente und Poster mitbringen. Die vielen Österreich-Fahnen wurden geschwenkt, um den Willen zur Erhaltung bzw. Wiedergewinnung der **Souveränität, Neutralität und Selbstbestimmung** unseres Landes zu bekunden. Beim gemeinsamen Singen der Bundeshymne hatten viele Tränen in den Augen...

Insgesamt **12 namhafte Redner** aus den verschiedensten Richtungen, vor allem aus der Umweltbewegung, darunter 5 Universitätsprofessoren (wir hatten bewußt keine aktiven Politiker eingeladen), brachten viele Sachinformationen rund um den EU-"Reform"-Vertrag, die noch nicht allgemein bekannt waren. Es war ein **Meilenstein der Anti-EU-Bewegung!** Dadurch wurde in eindrucksvoller Form sichtbar, daß der Beschluß des EU-"Vertrags von Lissabon" **nicht im Namen des Volkes** erfolgte, was sich für die Zukunft noch als sehr wichtig herausstellen wird.

Vielen Menschen ist bewußt, daß dieser Vertrag nicht losgelöst vom **Gesamtkonzept** und der tatsächlichen Politik der EU gesehen werden kann (wie das manche Pseudo-Gegner behaupten), sondern als deren deutlichster Ausdruck! Dementsprechend haben auch viele Demo-Teilnehmer bei dieser Gelegenheit für den **Austritt aus der EU** unterschrieben; weitere Unterschriften-

listen können gerne bei uns angefordert werden (IHU, 3424 Zeiselmauer, Hageng. 5, Tel. 02242/70516).

Mit welchen **Ungeheuerlichkeiten** die Beschlußfassung dieses Knebelungsvertrages verbunden war, zeigte der Linzer Völkerrechtler Prof. **Manfred Rotter** in einem kürzlich veröffentlichten Artikel auf, der u.a. folgenden Satz enthält: "Der Nationalrat hat nämlich am 9. April 2008 eine vorläufige, "unlesbare" (so Plassnik zu Recht) Version des Reformvertrages genehmigt, dessen **endgültiger Text** erst knapp eine Woche **nach** dem Genehmigungsbeschluß vom Rat der EU bekanntgegeben wurde." (Wörtlich zitiert aus dem "Standard" vom 25.4.08, S. 38.)

Internet (Weltnetz):

Die derzeit umfassendste, unabhängige und laufend aktualisierte Internet-Adresse der Anti-EU-Bewegung in Österreich lautet:

www.webinformation.at

Wir gratulieren **Helmut Schramm** zu dieser eigenständigen, uneigennütigen Leistung!

Mitteilung für Neu-Empfänger der WEGWARTE:

Wir haben noch Rest-Exemplare der vielfach nachgefragten WEGWARTE-**BROSCHÜRE** vom März 2008/"Sonderausgabe" mit dem Original-Vortrag von Prof. **Schachtschneider** zum Thema "Was würde die EU-Verfassung = der "Reform"-Vertrag von Lissabon für jeden Einzelnen bedeuten? In wirtschaftlicher, sozialer und demokratiepolitischer Hinsicht." Sie können diese 36-seitige Broschüre gerne zum Preis von 7,- Euro + Porto bei der IHU anfordern unter der Adresse 3424 Zeiselmauer, Hagengasse 5, Tel 02242/70516, wir besorgen die Zusendung.

Neues von der "Kronen-Zeitung"

In einem kleinen, schlecht platzierten Artikel am 24.5.2008, den viele sicher übersehen haben, informiert die Redaktion ihre Leser darüber, daß "nun unter der Bezeichnung '**entgeltliche Einschaltung**' Artikel (!) erscheinen, die alles oder fast alles, was die EU macht, positiv sehen." Die "Krone-Redaktion" hätte damit die Möglichkeit, die EU-Probleme einmal aus der Sicht der **EU-Anhänger** zu bringen.

Prompt erschien bereits am Tag darauf in der Sonntags-"Krone bunt" ein erster derartiger, **zweiseitiger** "Artikel" von Klaus Liebscher, dem Gouverneur der Österreichischen Nationalbank mit der großen Schlagzeile: "Der Euro ist eine Erfolgsstory geworden". Die winzigen zwei Worte "Entgeltliche Einschaltung" werden die meisten Leser übersehen. Sie bedeuten, daß der Auftraggeber für diesen "Artikel" eine sicher saftige Geldsumme an die "Kronen-Zeitung" bezahlt, ähnlich wie bei einem kommerziellen Inserat.

Denn bei "entgeltlichen Einschaltungen" handelt es sich um nichts anderes als um weitere gute **Einnahmequellen** für die "Krone" zusätzlich zu den vielen Inseraten und Prospekt-Beilagen von Großkonzernen. Die Redaktion schreibt, daß man dies für "annehmbar" hält. Wie wahr - denn ums "Annehmen" geht es! Die "Krone" hat eben **nicht** den ja auch möglichen Weg gewählt, die "Annahme" solcher Geschäfte **abzulehnen**, wie das unabhängige Bürgermedien seit vielen Jahren tun. Wie anständig ist es, vielen Lesern (und Käufern!) durch eine monatelange Kampagne gegen die EU-Verfassung Hoffnung zu geben, um dann **Geschäfte** mit kapitalstarken Beeinflussungs-Experten der **Gegenseite** in großem Stil anzukündigen? Böse Zungen behaupten, diese seien durch die vorhergehende Kampagne überhaupt erst ermöglicht worden...

Wenn nicht alles täuscht, stehen wir nun neuerlich vor einer sich anbahnenden, vermutlich subtil und unterschwellig aufgebauten "Informationsoffensive" (=Werbekampagne) **für die EU** wie 1994 vor dem EU-Beitritt. Hätte die "Krone" damals nicht auch durch viele Monate hindurch in hunderten Artikeln für ein **JA zur EU** plädiert, wäre Österreich heute gar nicht Mitglied der EU und die EU-Verfassung würde uns gar nicht betreffen!

BAUSTEINAKTION FÜR VERFASSUNGSKLAGE GEGEN EU-VERTRAG

Natürlich ist ein derart umfangreiches Unterfangen auch mit beträchtlichen Gesamtkosten verbunden: Wir bitten daher alle WEGWARTE-Empfänger, denen dies möglich ist, dazu einen **„Baustein“** beizutragen. Die Klage wird ja nur deshalb überhaupt eingebracht, um mehr Rechte für alle österreichischen Staatsbürger und für die Demokratie insgesamt herbeizuführen. Die Höhe Ihres „Bausteins“ bestimmen sie klarerweise selbst; wer 3,- Euro dazu beitragen kann, hilft genauso mit wie jemand, der 100,- Euro oder mehr beitragen kann (und will)... Es geht ja bei unserer gesamten Arbeit darum, eine **SOLIDARGEMEINSCHAFT** der Bürger untereinander zu verwirklichen, quer durch alle ideologisch/parteilpolitischen „Lager“, Alters- Berufs- und Einkommenschichten. Als Mitglieder der Überparteilichen Plattform „Ja zu Österreich / Nein zur EU“ sind wir bemüht, alle anständig und fair handelnden EU-Gegner zu verbinden.



Empfehlenswerte Broschüre:

EU-"REFORM"-VERTRAG Europa der Konzerne und Generäle

**Analysen und Strategien aus Sicht
von Friedensbewegung und Neoliberalismuskritik**

mit kommentierten Originaltexten aus den EU-Verträgen

Eine Broschüre der **Werkstatt Frieden & Solidarität**

erhältlich zum Preis von 3,- € + Porto unter der Adresse 4020 Linz,
Waltherstr. 15, Tel. 0732/771094, Fax 0732/797391,
eMail: office@werkstatt.or.at

Sehr gut recherchierte und übersichtlich dargestellte **Vergleiche** zwischen der gescheiterten EU-Verfassung und deren Tarn-Ersatz "Reform"-Vertrag. Der offizielle Hauptgrund von rot-schwarz-grün inkl. Bundespräsident für deren Zustimmung, der "neue" Vertrag sei doch immerhin "besser" als der "alte"/gescheiterte, wird in eindrucksvoll durch FAKTEN belegter Weise als plumpe Ausrede entlarvt, die einer seriösen Prüfung nicht standhält - im Gegenteil! Vieles im "neuen" Vertrag ist **noch viel schlimmer...**

Die Monopolisierung unserer Nahrung

Über diese ganz entscheidende Wirtschafts-Strategie wird in den offiziellen Informations-Sendungen kaum jemals berichtet, wenn es um die Ursachen für die massive Verteuerung der Lebensmittel geht. Wir sind aber überzeugt, daß diese Strategie ein Hauptgrund für die Preissteigerungen gerade bei den Lebensmitteln ist. Wenn der Handel mit Lebensmitteln in der Hand von nur mehr ganz Wenigen ist – und das zunehmend weltweit, dann können diese die Preise diktieren!

Diese Macht haben den Konzernen Millionen von Konsumenten dadurch in die Hände gespielt, daß sie seit Jahr(zehnt)en beim „billigen“ Supermarkt/Shopping Centre/Megamarkt etc. **einkaufen** anstatt beim örtlichen Kleinverteiler, den es jetzt eben kaum mehr gibt und der noch regional erzeugte Produkte von einer Vielzahl von („kleinen“) Lieferanten anbot, die nicht an riesigen Massen-Produktions-Standorten mit dem Zwang zu Höchstertträgen (Kunstdünger, Tierfabriken) hergestellt wurden. Heute bekommen wir alle **die Rechnung** – im wahrsten Sinne des Wortes – **präsentiert** für dieses Einkaufsverhalten, das natürlich durch aggressive Werbemethoden im Sinne der Konzerne gesteuert wurde und wird.

Der Ausweg aus diesem Teufelskreis liegt auf der Hand, wird aber noch von viel zu Wenigen praktiziert: **Wiederaufbau dezentraler,**

örtlicher Wirtschaftskreisläufe und direkte Wirtschaftsbeziehungen zwischen Bauern und Konsumenten bei weitgehender Zurückdrängung der Handelsketten, die dieser **direkten Zusammenarbeit von Erzeuger und Verbraucher** im Wege stehen und daraus enormen Profit schlagen. Stichworte: Bauernmärkte, Lieferdienste von Bauern, bewußter Einkauf von **heimischen Saisonwaren** oder solchen aus den unmittelbaren Nachbar-Regionen anstatt Produkten „aus aller Welt“, die in der Hand der Monopole sind und damit die Bürger **aller** Länder **verarmen** lassen.

Was sich hinter dem Vernebelungs-Begriff „Struktur-Ursachen“ wirklich verbirgt, darüber wird bei den beiden auf der Rückseite angekündigten **Veranstaltungen** im Detail gesprochen. Wir laden Sie herzlich ein, daran teilzunehmen. Dabei wird auch über den (T)EURO

bzw. über die **Währungspolitik** insgesamt als Mitverursacher der massiven Preissteigerungen informiert.

Portrait des Hauptreferenten **Prof. Dr. Eberhard HAMER:**

Ab 1972 Professor für Wirtschafts- und Finanzpolitik in Bielefeld, 1975 Gründung und seitdem wissenschaftliche Leitung des Mittelstands-instituts Niedersachsen in Hannover, Veröffentlichung von bisher 35 Sachbüchern und mehr als tausend Aufsätzen über die volkswirtschaftliche Bedeutung des Mittelstandes, die Sondersituation der mittelständischen Unternehmen, deren besondere Risiken und Chancen, die Bedeutung der Unternehmerpersonen für die mittelständischen Unternehmen sowie volkswirtschaftliche Untersuchungen zum Finanzbeitrag des Mittelstandes, seiner Sozialsituation und seiner politischen Durchsetzungsprobleme.

ORF-Teletext-Meldung
vom 19.5.2008:

LEBENSMITTELPREISE BLEIBEN HOCH

Die Lebensmittelpreise bleiben hoch und werden auch mittelfristig nicht auf das Niveau vor der Krise zurückfallen. Das ist die Kernaussage eines Strategiepapieres der **EU-Kommission**, aus dem die „Financial Times Deutschland“ zitiert.

Das Papier dient als Diskussionsgrundlage für den Gipfel der Staats- und Regierungschefs am 19./20. Juni. Die Preisexplosion habe dauerhafte Struktur-Ursachen: Hohe Spritpreise, Anstieg der Preise für Düngersorten um 350 % (!) seit 1999, Biosprit, Mißernten. Die Krise habe bereits die neuen EU-Länder erfaßt. In Rumänien müßten Arme 57 % ihres Einkommens für Nahrung aufwenden.

Buchbesprechung

DER WELT-GELDBETRUG

Herausgeber:
Eberhard und Eike Hamer

Im Umschlag zu diesem sehr empfehlenswerten Buch wird die Frage gestellt, ob die Globalisierung ein unabänderlicher und notwendiger wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Fortschritt ist oder der Untergang des Mittelstandes, der Demokratie, der Volksgemeinschaft und der Nationen. **Acht Autoren schildern**

- wie die Hochfinanz mit Papiergeld die Welt aufkauft, Monopole bildet und mit Hilfe dieser Monopole nicht nur die Weltbevölkerung steuergleich abkassiert, sondern auch Herrschaft ausübt.
- wie durch Zentralisierung und Imperialismus die Demokratien, der Steuerstaat und die Sozialsysteme ausgehöhlt werden,
- wie die „global players“ auch die Existenzgrundlagen der Völker – **Nahrung, Ernährung und Wasser**

– an sich reißen und monopolisieren

- und wie dazu theoretisch richtige Argumente umgedreht und zu falschen Entwicklungen mißbraucht werden.

Den Autoren geht es darum, die Bevölkerung über die **Hintergründe** der Globalisierung aufzuklären, ihnen aber gleichzeitig auch die Korrekturmöglichkeiten und die individuellen Möglichkeiten, den schädlichen Globalisierungsfolgen zu entgehen, aufzuzeigen.

Das Buch „Der Welt-Geldbetrug“ ist in der 2. erweiterten Auflage von 2007 im Aton Verlag Unna unter der ISBN-Nr. 978-3-9809478-3-1 erschienen und ist für WEGWARTE-Leser zum Sonderpreis von € 29,80 (424,- ÖS) bei portofreier Zusendung erhältlich bei: ÖKO-TREFF im Lichtental, Fach- und Versandbuchhandlung für Ethik, Umwelt und Gesellschaft, 1090 Wien, Liechtensteinstr. 123 (Di-Fr 9-13, 14-18 h), Tel. 01/3154922, Fax 01/3172592, eMail: bestellung@oeko-treff.at

Leseprobe

aus "Der Welt-Geld-Betrug", Artikel von Richard Fuchs (Auszug)

Öl und Nahrungsmittel wurden von der US-Regierung bereits zu einer Zeit zu strategischen Gütern erklärt, als die Mechanismen zur Beherrschung der Nahrung noch nicht so perfekt waren wie im Zeitalter der Gentechnik und Patentierung transgener Pflanzen. Denn **wer die Nahrung beherrscht, beherrscht den Menschen** und damit die Bevölkerungsentwicklung. Dabei gilt das besondere Interesse der USA, wie das folgende Beispiel zeigt, den wichtigen rohstoffreichen Entwicklungsländern, deren Bevölkerungswachstum eine Bedrohung der Staatssicherheit Amerikas bedeuten könnte.

Im Irak leistete die US-britische Koalition ganze Arbeit. Dieseldespots für die irakischen Landmaschinen, Futtersilos, Hühnerfarmen, Düngerspeicher, Pumpstationen und Bewässerungssysteme **wurden zerbombt**. Nach dem Eroberungsfeldzug ernannte Bush den **Argrarhandels-Lobbyisten Amstutz** zum Beauftragten für den Wiederaufbau der zuvor zerstörten irakischen Landwirtschaft. Amstutz war zuvor Top-Manager bei Cargill, einem der weltgrößten Händler von Getreide, Soja und Mais. Nun plant er, den Irak mit US-amerikanischen Agrarprodukten, vor allem auch mit **patentiertem transgenem Saatgut** zu überschwemmen. Die **traditionelle Aussaat** von gesetzlich nicht reguliertem Saatgut ist durch die neuen Gesetze der US-Besitzer **verboten**.

Wenn heute nur noch wenige vor allem US-amerikanische transnationale Saatgut-/Chemiekonzerne und Nahrungsmittelkonzerne den Weltmarkt beherrschen, liegt die Vermutung nahe, daß mit der Umwandlung der Landwirtschaft **andere Ziele** als die des Wachstums einzelner Konzerne oder einer Kartellbildung verbunden sind, um **Mindestverkaufspreise** absprechen und durchsetzen zu können. Die **sechs Global-Player** besitzen über 90 Prozent der zugelassenen transgenen Pflanzen und halten mehr als die Hälfte aller Patente auf transgene Pflanzen. Darüber hinaus versuchen sie durch Allianzen mit der Verarbeitungsindustrie und den Getreidehändlern **Einfluß auf den ganzen Versorgungsweg** zu nehmen. Mit der auf diese Weise

entstandenen Monopolisierung unserer Nahrungsressourcen ist ein geopolitisches Machtinstrumentarium entstanden. Hält der gegenwärtige Trend an, **könnten die USA in zehn Jahren die Nahrungsmittelversorgung eines großen Teiles unseres Planeten kontrollieren**. Davon betroffen ist auch Europa. **Es sei denn**, die stabile Abneigung der EU-Bürgerinnen und – Bürger gegenüber Genfood und der Landwirte gegen gentechnisch manipuliertes Saatgut verhindern die Offensive.

Patente Geschäfte mit dem Ausverkauf der Natur.

Patente auf lebende Organismen **im Besitz transnationaler Konzerne** wurden ein zentrales Machtmittel zu Lasten des Verbrauchers in aller Welt. Im Gegensatz zu konventionellem Saatgut bietet transgenes Saatgut „ideale“ Voraussetzungen für eine Patentierung bei gleichzeitiger Monopolisierung unserer Nahrungsgrundlage. Schon früh galt es für die US-amerikanische Wirtschaft, das Wissen der Molekularbiologen in marktfähige Ware umzusetzen und **Alleinverkaufsrechte** an dieser Ware zu sichern, um damit gute Startbedingungen bei der Besetzung des neuen Marktes zu schaffen. Was lag da näher, als auf Organismen, die neu entdeckt oder gentechnisch verändert wurden, Patente anzumelden und zuzulassen.

1980 entschied der US-Supreme Court (Oberster Gerichtshof) mit 5:4 Richtern in seinem „Chakrabarty-Beschluß“, daß **neue Formen von Leben patentierbar** sind. Den Anlaß für eine Entscheidung des Supreme-Court, sich grundsätzlich insgesamt für die Patentierbarkeit **lebender Organismen** auszusprechen, bot ein Antrag der General Electric auf Patentierung eines Mikroorganismus. Die Begründung des Gerichtes war: „Bakterien sind unbelebten chemischen Verbindungen weit ähnlicher als Pferden, Bienen oder Himbeeren.“

Was für eine Patentierung ursprünglich als unüberwindlich galt, hat nun seine Gültigkeit verloren. Ein Mikroorganismus gilt jetzt als erfunden (und nicht als entdeckt), wenn ein aufwendiges Verfahren nötig ist, um ihn zu isolieren. Mit der Patentierbarkeit auf GVO (genveränderte

Organismen) bei gleichzeitiger Übernahme von Saatgutunternehmen entwickelte sich ein **Monopolbesitz an transgenen Pflanzen zu Gunsten weniger Chemiekonzerne**. Zur Disposition stehen genetische Ressourcen tropischer Regenwälder, Kulturpflanzen, die seit Jahrtausenden landwirtschaftlich genutzt und züchterisch bearbeitet wurden, nun aber gentechnisch verändert und patentiert werden.

Das oft wiederholte Argument, die **Grüne Gentechnik** werde den Hunger in der Dritten Welt besiegen, war zu keinem Zeitpunkt glaubhaft und hat sich bis heute nicht bestätigt. Denn dort gibt es einen großen Erfahrungsschatz mit **regional angepaßten Nutzpflanzensorten**. Hohertragsorten mit einem hohen Verbrauch von Wasser, Kunstdünger und Pestiziden sind für den nicht industriell bewirtschafteten großflächigen Landbau ungeeignet. Dort wird das Saatgut **preiswert** aus der eigenen Ernte gewonnen oder mit anderen Landwirten getauscht. Weder das Saatgut noch die Pflanzenpflegemittel (Pestizide=Biozide) müssen für teures Geld wie in den westlichen Industrienationen erworben werden.

Patente auf Saatgut müssen verboten werden!

Dies begründet der Herausgeber Eberhard Hamer auf Seite 271 des Buches wie folgt:

Die von den global player-Konzernen Monsanto und Syngenta über die US-Administration und die WTO durchgesetzte Weltpatentierung von Saatgut **bedroht die Existenzgrundlagen der Völker der Welt**. Solche Monopolpolitik darf deshalb nicht weiter geduldet, sondern muß geächtet werden. Patente auf Saatgut darf es nicht geben, vor allem keine Nachbaulizenzen, die das Monopol bisher ebenfalls durchgesetzt hat. Es kann nicht angehen, daß die Welt schon vor der Aussaat Monopolgebühren entrichten muß, zumal dann auch nach der Aussaat die ebenfalls teilmonopolisierte Nahrungswirtschaft den gleichen Hochfinanzgruppen Monopolgewinne eintragen. Hier wäre die UNO vor allem im Interesse der armen Länder zu einer **Aufhebung der Saatgutpatente** gefordert.

Überparteiliche Plattform

JA ZU ÖSTERREICH / NEIN ZUR EU

Stellungnahme zum Verein „Rettet Österreich“

Als Gruppierungen, die z. T. schon seit vielen Jahren im EU-Widerstand aktiv sind, empfinden wir gegenüber der wachsenden Zahl von EU-Gegnern in der Bevölkerung eine große Verantwortung und wollen sie auch weiterhin **ehrlich informieren**. Vieles, was groß in den Medien steht, sieht bei näherer Kenntnis ganz anders aus. Aus nachstehenden Gründen und erlebten Erfahrungen können wir die Initiative „Rettet Österreich“ (im folgendem Text = "R.Ö.") nicht als seriösen Partner im EU-Widerstand empfehlen.

Die Wiederherstellung eines souveränen und neutralen Österreichs ist nur möglich bei Ausscheiden aus der EU. Bei einer von "R.Ö." (Rettet Österreich) veranstalteten Demonstration am Wiener Ballhausplatz wurde ein Transparent „Neutrales Freies Österreich – EU-Austritt“ von den Veranstaltern **verboten**; "R.Ö."-Mitarbeiter drohten im Falle der Nicht-Entfernung dieses Transparents mit der Polizei...

Von Anfang an wurden von "R.Ö." überzogene Versprechungen propagiert, wie z.B. die auf vielen Prospekten und Internet-Seiten aufscheinende Aussage von "R.Ö.": **"Wir führen die Volksabstimmung herbei!"** Das kann die Glaubwürdigkeit einer Bewegung untergraben und führt dann – zurecht – zur Enttäuschung bei den Bürgern, die dafür ja um Unterstützung gebeten wurden.

Wir verwahren uns auch vor **immer wieder unnötig derben Aussagen** von "R.Ö." – Sprechern bei offiziellen Anlässen. Bei einer der Demonstrationen rief der „Bürgersprecher“ von "R.Ö." allen Ernstes ins Mikrofon: "Wir müssen den Politikern **den Arsch aufreißen!**" Eine solche Ausdrucksweise ist unter der Würde seriöser EU-Gegner und stärkt nur die EU-Befürworter...

Pauschal-Ermächtigung für "Rettet Österreich"?

Viele Bürger in ganz Europa widersetzen sich den weitreichenden Pauschalermächtigungen für die EU-Zentrale gegenüber den dzt. Noch-Mitgliedsstaaten, später bestenfalls EU-Provinzen ohne jegliche Eigenständigkeit. Einen ähnlichen Weg der Pauschal-Ermächtigung geht nun "R.Ö." selbst für eine ganze Latte von Klagen.

Deshalb raten wir auch allen Bürgern, bevor sie diese Klagen von "R.Ö." mit z. T. möglicherweise jahrelangen Gerichtsverfahren mit ihrer Unterschrift unterstützen, die offizielle **„Unterstützungsvereinbarung“** genau durchlesen und diese evtl. vorher vom eigenen Anwalt oder sonstigem Rechtskundigen des persönlichen Vertrauens überprüfen zu lassen. **Die „Unterstützungsvereinbarung“ die wir kennen, enthält viele Rechte für den Verein "R.Ö.", aber kaum welche für die unterstützenden Bürger.** In dieser „Vereinbarung“, die dem Verein "R.Ö." weitreichende Pauschal-Ermächtigungen für zahlreiche Klagen überläßt ohne jede Kündigungsmöglichkeit für den Bürger, ist kein Passus enthalten, wie die Bürger **im Falle der Auflösung des Vereins "R.Ö." schad- und klaglos gehalten werden könnten** bzw. im Falle, daß der Verein "R.Ö." bei Anfallen von Gerichts- und Anwaltskosten unter irgendwelchen Umständen **dann** kein dafür vorhandenes Vermögen haben könnte. Werden die Klags-Vollmacht-gebenden Bürger dann „unwiderruflich“ (laut Text der von ihnen unterschriebenen „Unterstützungs-Vereinbarung“ von „R.Ö.“) **selbst haften** für evtl. noch ausständige Kosten?

Für die Verfassungsklage von **Prof. Schachtschneider**, die im Auftrag eines **unabhängigen Personenkomiteés** demnächst beim österr. Verfassungsgerichtshof eingereicht wird, werden die

Bürger **nicht** gebeten, eine derartige „Unterstützungsvereinbarung“ mit **unwiderruflicher** Pauschalermächtigung zu unterschreiben. Die **Kosten** dafür werden von der **ÜBERPARTEILICHEN PLATTFORM „JA ZU ÖSTERREICH / NEIN ZUR EU“** und von **freiwilligen** Spenden österreichischer Bürger getragen, ohne daß diese dafür irgendwelche und schon gar nicht so weitreichende Verpflichtungen eingehen müssen.

Zur Vorgeschichte

Während IHU, NFÖ und ProLeben - Antigentechnik **schon seit Jahren** in Publikationen, durch laufende Info-Stand-Arbeit an zahlreichen öffentlichen Plätzen in Österreich, durch Internet-Foren (z.B. **www.webinformation.at** u. **www.proleben.at**), öffentliche Veranstaltungen usw. über die bedrohlichen Inhalte der **EU-Verfassung** und deren Neuauflage „Reform-Vertrag“ informieren und **Widerstand dagegen aufbauen**, ist „R.Ö.“ erst im Herbst 2007 knapp vor „Torschluß“ und erst mehrere Wochen **nach** Beginn einer einschlägigen, groß aufgemachten Kampagne der auflagenstarken „Kronen-Zeitung“ öffentlich in Erscheinung getreten.

Zur Gründungsversammlung von „R.Ö.“ wurde keiner der den Gründern langjährig persönlich bekannten, maßgeblichen Vertreter der bestehenden EU-Widerstands-Organisationen eingeladen. Trotzdem versuchten diese eine Zusammenarbeit und luden „R.Ö.“ ein, der Überparteilichen **Plattform „NEUTRALITÄT RETTEN: NEIN ZUM EU-VERTRAG!“** beizutreten und zur Organisation und Bekanntmachung einer großen Demonstration am 29.3. in Wien beizutragen. Dies wurde **zugesagt, aber leider in keiner Weise eingehalten.**

Weder wurde diese **gemeinsame** Demonstration von „R.Ö.“ nennenswert beworben, noch erhielt die Plattform bis heute (!) den ohne-

hin lächerlich geringen „Kostenbeitrag“ von 100,- Euro, den „R.Ö.“ zugesagt hatte. Stattdessen sammelte „R.Ö.“ bei eben dieser **bei weitem größten Demonstration gegen den EU-Vertrag** Teilnehmer-Spenden ausschließlich für „R.Ö.“ anstatt – wie vorher vereinbart und von den anderen Plattform-Organisationen auch so gehandhabt – für die Plattform insgesamt, die die Demo ja auch mit großem Arbeitsaufwand und hohen Kosten organisiert **und finanziert** hatte.

Bei den von „RÖ“ (Rettet Österreich) selbst organisierten Demos waren nicht mehr als 2000 Menschen vertreten!

Wenige Tage vor der großen Demo am 29.3. gegen den EU-Vertrag hatte ein maßgeblicher Vertreter von „R.Ö.“ Anti-EU-Aktivisten angerufen, um diese mit völlig haltlosen Behauptungen gegen **Dipl. Ing. Pomaroli** aufzubringen, der auf Wunsch der Plattform-Organisationen die Demo moderieren sollte. Statt dessen wollte „R.Ö.“ einen Moderator, der kurz danach bei einem öffentlichen Auftritt erklärte, daß er zu den Wenigen gehöre, die 1994 gegen die EU gestimmt hatten, heute aber für die EU seien. Es war traurig mitzuerleben, mit welchem Nachdruck (und das ist jetzt sehr vorsichtig ausgedrückt) „R.Ö.“ diese Position vertrat. Die drastischen Begleitumstände kann man hier nicht öffentlich darlegen.

Die Plattform-Organisationen stimmten dennoch mit großer Mehrheit (einzige Gegenstimme „R.Ö.“) für den ursprünglich vorgeschlagenen Moderator, der diese

Aufgabe am Wiener Stephansplatz **vor rund 20.000 (!) Bürgern** dann auch entsprechend wahrnahm und alle 12 Redner korrekt vorstellte und „einbegleitete“, **auch** den Sprecher von „R.Ö.“. Es hat uns alle **viel Kraft** gekostet, diese wirklich große Veranstaltung zum Wohle der SACHE durchzuführen – trotz dieser Vorgeschichte. Die Beteiligung der Bürger war dann allerdings so überwältigend, daß wir alle Schwierigkeiten davor wegstecken konnten.

Man muß sich aber die Frage stellen, warum Menschen, die durch viele Jahre hindurch (in denen andere laufend aktiv waren) die Negativ-Entwicklung der EU weitgehend verschlafen haben, plötzlich versuchen, gerade **die** anzuschwärzen, die den EU-Widerstand in einer Weise am Leben hielten, daß Österreich heute nach allen, auch offiziellen Meinungsumfragen der EU selbst der (Noch-) EU-Staat mit **der höchsten Ablehnung der EU** von allen (dzt.) 27 Mitglieds-Ländern ist.

Deshalb werden wir auch unbeirrt an der Wiedergewinnung der Souveränität und Neutralität Österreichs weiterarbeiten!

**Überparteiliche Plattform
JA ZU ÖSTERREICH /
NEIN ZUR EU:**

**Initiative Heimat & Umwelt
Neutrales Freies Österreich
Anti-Gentechnik-Plattform
ProLeben**

**Initiative für mehr direkte
Demokratie**



Foto: www.wien-konkret.at

Warum „WEGWARTE“?

Als Name für unseren, etwa alle zwei Monate erscheinenden Informationsdienst an viele Bürger in allen Bundesländern haben wir die Symbolblume der „Initiative Heimat & Umwelt“ gewählt. Die „Wegwarte“ ist eine zartblau blühende, sperrige, ausdauernde und anspruchslose Wildpflanze. Sie wächst vorwiegend an Straßen-, Weg- und Ackerrändern und ist fast über die ganze Welt verbreitet.

Die „Initiative Heimat & Umwelt“ (IHU) ist eine freie Arbeitsgemeinschaft, die keiner Partei nahe steht. Seit rund 20 Jahren werden unsere Aktivitäten ausschließlich ehrenamtlich und uneigennützig geleistet. Wir erhalten keinerlei Subventionen; die Finanzierung erfolgt durch **freiwillige Kostenbeiträge** österreichischer Bürger und durch immer wieder beträchtliche private Beiträge der engsten Mitarbeiter.

WIR DANKEN allen moralischen und finanziellen Unterstützern unserer Arbeit ganz herzlich und hoffen, daß es noch viele mehr werden!

BITTE benützen Sie den beiliegenden Erlagschein oder überweisen Sie einen Kostenbeitrag je nach Ihren persönlichen Möglichkeiten von Ihrer Bank aus. Auch in einem Kuvert mitgeschickte Barspenden erreichen uns verlässlich. Gerne würden wir die „Wegwarte“ auch an mögliche Interessenten für unsere Anliegen aus Ihrem Freundes- und Verwandtenkreis senden; bitte geben Sie uns solche Adressen bekannt. Danke im voraus für Ihre Mühe!

Hinweis für Neu- oder Wieder-Empfänger: Erhalten Sie die „Wegwarte“ heute zum ersten Mal oder seit längerem wieder einmal, senden Sie uns bitte einen kleinen Kostenbeitrag. Dann kommen Sie in die Versandliste für jede Ausgabe dieser unabhängigen Zeitschrift ohne Firmeninserate!

**Einladung zum
Informations- und Diskussionsabend
zum Thema:
Die wahren Ursachen für die
Verteuerung der Lebensmittel**

Es sprechen:

Prof. Dr. Eberhard HAMER aus Hannover,
Finanzwissenschaftler, Dr.rer.pol., Rechtsanwalt, Forstwirt

Dr. Gernot KUBASTA aus Euratsfeld,
NÖ-Landesobmann des Unabhängigen Bauernverbandes (ÖUBV)
und

Richard Leopold TOMASCH aus Kärnten,
Sprecher der Anti-Gentechnik-Plattform „Pro-Leben“

Diskussionsleiter:

**Inge RAUSCHER /IHU und
Dipl.Ing. Rudolf POMAROLI /NFÖ**

**Eintritt:
freie Spende**

SEEKIRCHEN/Wallersee (bei Salzburg)

Mittwoch, 18. Juni 2008

um 19.30 Uhr

im **Gasthof "Zur Post"**,
Hauptstraße 19, gegenüber Kirche
15 Gehminuten vom Bahnhof

Seekirchen liegt direkt an der Westbahn

WIEN

Donnerstag, 19. Juni 2008, um 19 Uhr

im **Kolpinghaus Wien-Zentral**,
6. Bezirk,
Stiegengasse 10/Ecke Gumpendorferstr. 39

(Nähe Mariahilferstr./Getreidemarkt/Amerlingstr)

U4-Station Kettenbrückengasse, 57A

Veranstalter:

ÜBERPARTEILICHE PLATTFORM „JA ZU ÖSTERREICH / NEIN ZUR EU“

Initiative Heimat & Umwelt • Neutrales Freies Österreich
Anti-Gentechnik-Plattform Pro Leben • Initiative für mehr direkte Demokratie

WEGWARTE

Zulassungsnummer "02Z033544S"

Mitteilungen der Initiative Heimat & Umwelt

18. Jahrgang, Folge 2, Juni 2008

Druck: H. Schmitz Kopien, 1200 Wien

Impressum: Medieninhaber/ Herausgeber/Verleger:

Initiative Heimat & Umwelt

3424 Zeiselmauer, Hagengasse 5

Tel.: 02242/70 516

Österreichische Post AG / Sponsoring Post
Benachrichtigungspostamt 3424 Zeiselmauer